S 7 AL 695/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	11
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 7 AL 695/02
Datum	27.10.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 11 AL 517/04
Datum	24.06.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Würzburg vom 27.10.2004 wird zurückgewiesen.
- II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist der Eintritt einer Sperrzeit von 12 Wochen vom 01.11.2002 bis 23.01.2003.

Der am 1971 geborene Kläger ist griechischer Staatsangehöriger und war vom 10.07.1989 bis 10.09.1999 als Gabelstaplerfahrer und zuletzt vom 12.09.1999 bis zum 30.09.2000 als Aushilfe bei der Firma T. GmbH & Co K, A., beschäftigt.

Aufgrund seiner Arbeitslosmeldung und seines hierauf gerichteten Antrages vom 04.10.2000 bewilligte die Beklagte dem Kläger Arbeitslosengeld (Alg) ab dem 04.01.2000. Im Anschluss hieran bezog der Kläger Arbeitslosenhilfe.

Mit Schreiben vom 29.10.2002 bot die Beklagte dem Kläger eine Stelle als

Gabelstaplerfahrer bei Firma E. Zeitarbeit GmbH in A. an.

Mit Datum vom 31.10.2002 teilte die Firma E. Zeitarbeit GmbH, A., der Beklagten mit, der Kläger habe sich am 30.10.2002 vorgestellt. Er sei nicht eingestellt worden, weil er für die Tätigkeit für nicht geeignet gehalten worden sei. Er sei bereits seit 2 1/2 Jahren arbeitslos und habe keine Praxis mehr als Staplerfahrer. Zudem habe er bei der Vorstellung kaum ein Wort gesagt und mit den Händen in der Tasche "rumgestanden". Bereits seine äußere Erscheinung habe keine Einstellung zugelassen.

Der Kläger seinerseits gab an, er sei nicht eingestellt worden, weil der Arbeitsplatz bereits besetzt gewesen sei.

Mit Bescheid vom 13.11.2002 teilte die Beklagte dem Kläger mit, dass er das Zustandekommen eines ihm angebotenen Beschäftigungsverhältnisses vereitelt habe und deshalb gemäß [ 144 SGB III](#) eine 12-wöchige Sperrzeit eingetreten sei. Für die Zeit vom 01.11.2002 bis 23.01.2003 ruhe deshalb sein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Er erhalte Leistungen erst nach Ablauf dieser Sperrzeit.

Hiergegen erhob der Kläger Widerspruch. Er sei bei der Firma E. Zeitarbeit GmbH, A., gewesen und habe sich dort beworben. Ihm sei gesagt worden, die Stelle sei bereits besetzt und man habe keine Arbeit für ihn.

Im anhängigen Widerspruchsverfahren erklärte der Angestellte L. der E. Zeitarbeit GmbH, A., gegenüber der Widerspruchsstelle u.a., der Kläger habe sich so verhalten, dass an eine Einstellung nicht zu denken gewesen sei. Er habe beim Vorstellungsgespräch den Vermittlungsvorschlag ausgepackt und habe lediglich Arbeitsamt gesagt. Dabei habe er die ganze Zeit über die Hände in den Manteltaschen gelassen und kaum geredet. Er habe sich dann vor allem am Gehalt interessiert gezeigt. Daraufhin habe er die Stelle nicht bekommen. Seine mangelnde Praxis in den letzten Jahren sei nicht ausschlaggebend gewesen. Es wäre durchaus möglich gewesen, ihn einzusetzen. Wenn er sich anders benommen hätte, wäre er auch eingestellt worden.

Mit Widerspruchsbescheid vom 26.11.2002 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegründet zurück.

Die hiergegen erhobene Klage des Klägers ging beim Sozialgericht Warzburg am 18.12.2002 ein.

Der Kläger beantragte, den Bescheid der Beklagten vom 13.11.2002 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 26.11.2002 aufzuheben.

Es reiche für den Tatbestand des Vereitelns iS des [ 144 SGB III](#) nicht aus, wenn der Arbeitslose aufgrund seines Verhaltens für eine Einstellung nicht in Frage komme. Erforderlich sei vielmehr, dass der Arbeitslose das Zustandekommen des Arbeitsverhältnisses gezielt (aktiv) vereitere, er also arglistig, bewusst und gewollt die Rücknahme des Arbeitsangebotes bewirke. Von einem derartigen Verhalten

kÄ¶nne keine Rede sein. Bereits zum Zeitpunkt als der KlÄ¶ger die Stelle angeboten bekommen habe, sei diese bereits besetzt gewesen, was der Sachbearbeiter Rickert vom Arbeitsamt A. dem KlÄ¶ger so auch mitgeteilt habe. In der Hoffnung, vielleicht doch noch eine Stelle bei der Firma E. Zeitarbeit GmbH, A., zu finden, habe er sich gleichwohl dort vorgestellt. Ihm sei aber mitgeteilt worden, dass die Stelle als Gabelstaplerfahrer bereits anderweitig besetzt sei. Eine entsprechende ErklÄ¶rung sei auch auf dem mitgebrachten Formular vermerkt worden. Dieses Formular habe der KlÄ¶ger an das Arbeitsamt zur¼ckgegeben. Aus dem Verhalten, dass er kaum ein Wort gesprochen bzw die ganze Zeit mit den HÄ¶nden in den Manteltaschen herumgestanden hÄ¶tte, kÄ¶nne nicht auf den eindeutigen Willen des KlÄ¶gers geschlossen werden, dass er das ArbeitsverhÄ¶ltnis verweigere.

Die Beklagte beantragte, die Klage abzuweisen.

Der KlÄ¶ger habe die Grenzen der Freiheit des Arbeitslosen bei der F¼hrung des EinstellungsgesprÄ¶ches durch sein Verhalten eindeutig Åberschritten. Er habe das Zustandekommen des ArbeitsverhÄ¶ltnisses mithin verhindert. Das Verhalten eines Arbeitslosen bei einem VorstellungsgesprÄ¶ch mÄ¶sse im Rahmen dessen liegen, was ein Arbeitgeber Åblicherweise von einem an einer Arbeitsaufnahme interessierten Bewerber erwarten kÄ¶nne.

In der mÄ¶ndlichen Verhandlung vor dem SG bestÄ¶tigte der kaufmÄ¶nnische Angestellte L. auf Vorhalt und als Zeuge vernommen die Richtigkeit seiner Angaben Åber das VorstellungsgesprÄ¶ch mit dem KlÄ¶ger am 30.10.2002. Weiterhin bekrÄ¶ftigte er, dass er es mit Sicherheit vermerkt hÄ¶tte, wenn die Stelle bereits besetzt gewesen und dies der Grund f¼r die Nichteinstellung des KlÄ¶gers gewesen wÄ¶re. Er kÄ¶nne sich jedoch auch insoweit erinnern, dass der KlÄ¶ger spÄ¶ter noch einmal vorgesprochen habe und nach einer Stelle gefragt habe. Aufgrund des schlechten Eindrucks beim ersten Mal sei jedoch wiederum von dessen Einstellung abgesehen worden. Im Åbrigen habe er den Eindruck gehabt, dass der KlÄ¶ger ihn gut verstanden hÄ¶tte. Er habe sich auch alleine vorgestellt, soweit er sich erinnern kÄ¶nne.

Das SG wies die Klage mit Urteil vom 27.10.2004 ab. Die Behauptung des KlÄ¶gers, die von der Beklagten angebotene Stelle sei bei seiner Vorstellung am 30.10.2004 bereits anderweitig besetzt gewesen, sei durch die Aussage des Zeugen widerlegt. Insoweit erscheine es auch nicht mehr erforderlich, weitere Zeugen zu vernehmen. Der KlÄ¶ger habe durch sein Auftreten und die Art seiner PrÄ¶sentation die Ablehnung der Einstellung provoziert. Hierwegen kÄ¶nne auch nicht auf seine mangelnde Sprachkenntnis verwiesen werden, nachdem er sich seit seinem 18. Lebensjahr in Deutschland aufhalte und seit Åber 10 Jahren hier arbeite.

Hiergegen wendet sich der KlÄ¶ger mit seiner beim Bayer. Landessozialgericht am 23.12.2004 eingegangenen Berufung, mit der er teilweise seine bisherigen Einlassungen wiederholt. Er erinnere sich an einen anderen Verlauf des GesprÄ¶ches vom 30.10.2002. Ihm sei unter Versto¶ gegen elementare Regeln der HÄ¶flichkeit nicht angeboten worden, seinen Mantel abzulegen, weshalb nicht zu beanstanden sei, dass er die HÄ¶nde in die Manteltaschen gesteckt habe. Dass

er beim Gespräch vom 30.10.2002 kaum etwas gesagt habe, beruhe im Wesentlichen darauf, dass das Gespräch seitens des Arbeitgebers nach wenigen Sätzen abgebrochen worden sei.

Der Kläger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Würzburg vom 27.10.2004 und den Bescheid der Beklagten vom 13.11.2002 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 26.11.2002 aufzuheben.

Die Beklagte tritt dem im Berufungsverfahren entgegen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird auf die Gerichtsakten in beiden Instanzen sowie auf die vorgelegte Behördenakte Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des Klägers ist zulässig ([Â§ 143](#), [144](#), [151](#) Sozialgerichtsgesetz - SGG -).

Der Berichterstatter konnte gemäß [Â§ 155 Abs 3 und 4 SGG](#) an Stelle des Senats als Einzelrichter entscheiden, weil die Beteiligten hierzu ihr Einverständnis erteilt haben. Die Beteiligten haben zudem auf die Durchführung einer mündlichen Verhandlung verzichtet ([Â§ 124 Abs 2 SGG](#)).

Die Berufung des Klägers ist nicht begründet. Das SG hat die Klage zu Recht abgewiesen.

Gemäß dem durch Job-AKTIV-Gesetz vom 10.12.2001 ([BGBl I S 3443](#)) mit Wirkung ab dem 01.01.2002 neu gefassten [Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 2](#) Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) tritt eine Sperrzeit von 12 Wochen ein, wenn der Arbeitslose trotz Belehrung über die Rechtsfolgen eine vom Arbeitsamt unter Benennung des Arbeitgebers und der Art der Tätigkeit angebotene Beschäftigung nicht angenommen und nicht angetreten oder die Anbahnung eines solchen Beschäftigungsverhältnisses, insbesondere das Zustandekommen eines Vorstellungsgesprächs, durch sein Verhalten verhindert hat (Sperrzeit wegen Arbeitsablehnung), ohne für sein Verhalten einen wichtigen Grund zu haben. Die Sperrzeit beginnt mit dem Tag nach dem Ereignis, das die Sperrzeit begründet. Während ihres Laufes ruht der Leistungsanspruch ([Â§ 198 Satz 1](#) iVm [Â§ 144 Abs 2 Satz 2 SGB III](#)). Sie dauert 12 Wochen, sofern kein Ausnahmetatbestand gemäß [Â§ 198 Satz 1](#) iVm [Â§ 144 Abs 3 SGB III](#) vorliegt.

Der Kläger ist durch Aushändigung des Merkblattes I für Arbeitslose über diese Rechtslage hinreichend belehrt worden. Die Aushändigung dieses Merkblattes hat er am 30.04.2002 durch Unterschrift bestätigt. Das ist zwischen den Beteiligten unstrittig. Die gemäß [Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB III](#) erforderliche Rechtsfolgenbelehrung findet sich im Beschäftigungsangebot der Beklagten vom 29.10.2002.

Der Kläger hat die Anbahnung eines ihm von der Beklagten angebotenen

Beschäftigungsverhältnisses durch sein Verhalten iS des [Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB III](#) verhindert. Das ergibt sich aus der Einvernahme des Zeugen L. durch das SG. Nachdem der KlÃ¤ger dieser Zeugenaussage keine entscheidenden Gesichtspunkte mehr entgegensetzen konnte und auch im Ã¼brigen keine Anhaltspunkte an der GlaubwÃ¼rdigkeit der Aussage des Zeugen bestehen, bedÃ¼rfte es keiner darÃ¼ber hinausgehenden SachverhaltsaufklÃ¤rung im Berufungsverfahren mehr.

Der Zeuge L. bestÃ¤tigte eingangs seiner Vernehmung vor dem SG die Richtigkeit seiner Angaben vom 31.10.2002 gegenÃ¼ber der Beklagten, wonach der KlÃ¤ger "bei der Vorstellung kaum ein Wort gesagt und mit den HÃ¤nden in der Tasche rumgestanden" habe, so dass bereits seine "ÃuÃ¼ere Erscheinung" eine Einstellung nicht zugelassen habe. Er gab weiter an, dass die Stelle zum Zeitpunkt der Vorstellung des KlÃ¤gers noch nicht besetzt gewesen sei. Seine Einlassung hierzu, wenn die Stelle bereits besetzt gewesen wÃ¤re und der KlÃ¤ger deshalb abgelehnt worden wÃ¤re, hÃ¤tte er das mit Sicherheit vermerkt, Ã¼berzeugt. Der KlÃ¤ger konnte durch seine Darstellungen zum Ablauf des VorstellungsgesprÃ¤ches im Berufungsverfahren auch nicht ansatzweise den Wahrheitsgehalt der Aussagen des Zeugen L. in Zweifel ziehen. Zudem hatte der Zeuge keinerlei Veranlassung, wahrheitswidrige Angaben zu machen. Er konnte sich bei seiner Einvernahme vor dem SG an den KlÃ¤ger erinnern, weil dieser, wie er unbestrittenermaÃ¼en angab, spÃ¤ter noch einmal vorgesprochen und nach einer Stelle gefragt habe. Auch zum spÃ¤teren Zeitpunkt sei der KlÃ¤ger wegen seines "schlechten Eindrucks" den er beim ersten Mal hinterlassen habe, nicht eingestellt worden. Diese ergÃ¤nzende Einlassung des Zeugen L. zeigt, dass er sich nicht nur konkret an die Situation erinnerte, die bei ihm einen nachwirkenden Eindruck hinterlassen hat, sondern auch konkrete Fakten vor dem SG angab, die er noch aktuell im GedÃ¤chtnis hatte, was die Ã¼berzeugungskraft seiner Aussage untermauerte.

Nach alledem besteht keine Veranlassung mehr, die vom KlÃ¤ger im Schriftsatz vom 17.12.2002 genannten Zeugen zu vernehmen. Sie waren am streitentscheidenden VorstellungsgesprÃ¤ch nicht beteiligt und kÃ¶nnen deshalb hierzu aus eigener Wahrnehmung nichts beitragen.

Die AusfÃ¼hrungen des KlÃ¤gers im Berufungsverfahren stellen die Zeugeneinvernahme nicht ansatzweise in Frage. Seine ursprÃ¼ngliche Einlassung, die Stelle sei bereits besetzt gewesen, wiederholt er hier nicht mehr. Den gegen ihn erhobenen Vorwurf, er habe bei seinem VorstellungsgesprÃ¤ch noch nicht einmal die HÃ¤nde aus den Manteltaschen genommen, bestreitet er letztlich nicht und setzt dem entgegen, man habe ihn auch nicht gebeten, seinen Mantel abzulegen. An den genauen Inhalt des â insgesamt sehr kurzen â VorstellungsgesprÃ¤ches erinnere er sich nicht (mehr). VerstÃ¤ndigungsprobleme macht er substantiiert nicht geltend. Dass das GesprÃ¤ch zwischen dem KlÃ¤ger und dem Zeugen seinerzeit sehr kurz war, steht aber der Anwendung des [Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB III](#) nicht entgegen. Durch sein Auftreten hat sich der KlÃ¤ger zur Ã¼berzeugung des Gerichts nicht so verhalten, wie dies Ã¼blicherweise von einem an der Arbeitsaufnahme interessierten Arbeitslosen erwartet werden kann (dazu Wissing/Mutschler/Bartz/Schmidt-De Caluwe, SGB III, 2. Auflage 2004, Â§ 144 RdNr

72), sondern er hat durch die Art und Weise seines Auftretens vielmehr bereits ein weiterführendes Vorstellungsgespräch verhindert.

Der Kläger hat, außer dass er seinerseits die "elementaren Regeln der Höflichkeit" durch den Zeugen verletzt sah, keine Rechtfertigung für sein Verhalten, das nur als Desinteresse an der Arbeitsstelle ausgelegt werden konnte, vorgetragen, so dass auch die subjektive Seite des Tatbestandes des [Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB III](#) erfüllt ist.

Damit ist gemäß [Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB III](#) eine 12-wöchige Sperrzeit mit Beginn des 01.11.2002 ([Â§ 198 Satz 1](#) iVm [Â§ 144 Abs 2 Satz 1 SGB III](#)) eingetreten, weil kein Anhaltspunkt dafür zu ersehen ist, dass die Sperrzeit von 12 Wochen für den Kläger nach dem Eintritt der Sperrzeit maßgebenden Tatsachen eine besondere Härte bedeuten könnte ([Â§ 144 Abs 3 Satz 1 SGB III](#)). Für eine solche besondere Härte hat der Kläger auch im Berufungsverfahren nichts vorgetragen.

Demzufolge ruhte der Anspruch des Klägers auf Arbeitslosenhilfe im streitgegenständlichen Zeitraum vom 01.11.2002 bis 23.01.2003 ([Â§ 198 Satz 1](#) iVm [Â§ 144 Abs 2 Satz 2 SGB III](#)).

Der Bewilligungsbescheid über die Arbeitslosenhilfe war somit für diesen Zeitraum aufzuheben. Rechtsgrundlage hierfür ist [Â§ 48 Abs 1 Satz 2 Nr 4](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) iVm [Â§ 330 Abs 3 SGB III](#). Ein zumindest grob fahrlässiges Verhalten des Klägers liegt nach der Rechtsprechung des BSG (SozR 4100 Â§ 103 Nrn 36, 37) in der Regel schon dann vor, wenn das Arbeitsamt in einem ausgehängten Merkblatt wie hier deutlich und verständlich auf bestimmte Pflichten hingewiesen hat und der Leistungsbezieher gleichwohl, ohne dass es sachliche Gründe hierfür gibt, dagegen verstößt. Gemäß [Â§ 330 Abs 2 SGB III](#) hatte die Beklagte deshalb den Bewilligungsbescheid auch mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen. Ein Ermessen stand ihr insoweit nicht zur Seite.

Die weiteren Voraussetzungen für die Aufhebung der Bewilligung, nämlich Anhängung, Einhaltung der Frist, liegen vor.

Die Berufung ist nach alledem zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Gründe, die eine Revision gemäß [Â§ 160 Abs 2 Nrn 1 und 2 SGG](#) zulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 06.09.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024